

PRISM und die Folgen: Sicherheitsgefühl im Internet verschlechtert

Hamburg – Das Sicherheitsgefühl der Deutschen im Internet hat sich durch den Abhörskandal amerikanischer und britischer Sicherheitsbehörden grundsätzlich verschlechtert. Das belegt eine repräsentative Studie des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI), die heute in Hamburg vorgestellt wurde. Danach gaben 39 % der Befragten an, sie fühlten sich bei ihren Aktivitäten unsicherer als zuvor.

DIVSI-Direktor Matthias Kammer: „Diese signifikante Verschlechterung dürfen wir nicht ignorieren. Es könnte eine allgemeine Vertrauenskrise im Umgang mit dem Internet drohen. Und eine solche Krise dürfte auch Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Konjunktur haben.“

Seit Wochen erschüttern PRISM und seine Folgen die Öffentlichkeit. Vor diesem Hintergrund hatte DIVSI das SINUS-Institut mit einer Blitzumfrage beauftragt: Wie wirken sich Überwachungsmaßnahmen von elektronischen Daten auf die Nutzung von Onlineangeboten aus? Hierzu wurden bundesweit 2.016 Menschen in einer repräsentativen Onlineerhebung interviewt. Immerhin 68 Prozent der Befragten ist das PRISM-Programm des US-Geheimdienstes bekannt. Nur 32 Prozent gaben an, davon noch nichts gehört zu haben.

Im Hinblick auf das grundsätzlich verschlechterte Sicherheitsgefühl gilt auch, dass die Menschen sich umso stärker verunsichert fühlen, je mehr Details sie über die Affäre kennen.

Bereits jetzt schon hat fast jeder Fünfte (18 %) sein Verhalten bei der Nutzung des Internets geändert. Vor allem im Umgang mit Online-Diensten wollen diese User sich vorsichtiger verhalten. Vier von zehn schränken sogar bereits ihren Umgang mit sozialen Netzwerken ein. Und sie wollen künftig versuchen, lieber auf deutsche bzw. europäische Internet-Plattformen zuzugreifen. Die Entwicklung geht zu Lasten von Plattformen, die in den USA zuhause sind. 38 % der genannten Gruppe wollen diese künftig weniger besuchen.

Dr. Silke Borgstedt, Direktorin Sozialforschung beim SINUS-Institut: „Die deutsche Bevölkerung gilt im internationalen Vergleich als besonders sensibel, wenn es um ihre persönlichen Daten geht. Die Ergebnisse unserer Befragung bestätigen dies nicht nur, sondern zeigen, dass die aktuellen Abhörskandale die Sensibilität sogar noch verstärken und mittelfristig Verhaltensänderungen in der Internetnutzung erwarten lassen.“

83 % der Deutschen wollen staatlichen Sicherheitsorganen nur dann Maßnahmen zur Internet-Überwachung erlauben, wenn diese einer richterlichen Kontrolle unterliegen.

Jeder zweite meint dabei, dass deutsche Sicherheitsorgane grundsätzlich durchaus Zugriff auf private Daten haben dürfen. Ein klares Nein zeigt sich dagegen zum Datenzugriff aus dem Ausland. 84 Prozent der Befragten sind strikt dagegen, dies fremden Sicherheitsbehörden zu gestatten.

Die größte Kompetenz, sich vor Überwachungsangriffen zu schützen, sehen die Internetnutzer bei sich selbst. 41 % sind überzeugt, dass es für sie am besten ist, entsprechende Maßnahmen persönlich vorzunehmen. Auch Sicherheitsbehörden (38 %) sowie staatliche Datenschutzbeauftragte (36 %) werden ebenfalls als kompetent erachtet.

Randergebnisse der DIVSI PRISM-Blitzumfrage: Nur jeder Dritte (31 %) würde eigenen Familienangehörigen den Zugriff auf seine privaten Daten gestatten. Damit rangieren sie in der Einschätzung deutlich hinter den Sicherheitsorganen.

Krankenkassen und Finanzämter stehen in der öffentlichen Einstufung besonders schlecht da. Nur 8 bzw. 10 % der Befragten würden Vertretern dieser Institutionen gestatten, auf private Daten zuzugreifen. Noch kritischer auf der Negativliste werden Arbeitgeber beurteilt. Lediglich drei Prozent der Befragten würden ihnen einen Datenzugriff erlauben.